

Bezugspreis: Vierteljährlich 9.-, monatlich 3.-, ...

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Nonpareilzeile ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Montag, den 4. August 1919. Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Vormarsch der Rumänen.

Die rumänischen Truppen sind bis zur Gemarkung von Budapest vorgezogen. Hier erschienen Kriegsminister ...

Die bevorstehende Entwicklung in Ungarn.

Die Nachrichten, die aus Ungarn vorliegen, sind zurzeit noch so verworren, daß sich ein klares Bild von der bevorstehenden Neugestaltung der Dinge kaum geben läßt.

So spärlich und tendenziös auch die Nachrichten von der Räteregierung Ungarns in die Welt gesetzt wurden, so ließ sich dennoch — insbesondere aus der Lage der hungernden Hauptstadt — erkennen, daß unter der jeder Sachkenntnis ermangelnden Sowjetregierung Industrie und Landwirtschaft völlig lahmgelegt worden waren.

Die Verordnungen der Räteregierung sollen nach einer Äußerung des Präsidenten der neuen ungarischen Regierung Julius Weidel zunächst in Kraft bleiben, um das durch die politischen Wirren schwer heimgesuchte Land nicht erneuten Wirren auszuliefern.

Budapest, 4. August. (Ungarisches Korrespondenzbureau.) Der Ministerrat beschloß gestern, daß die Ressortminister die Verordnungen der Räteregierung unverzüglich einer Revision unterziehen ...

Ein Landarbeiterstreik.

Im Bezirk Kassel ist am Montag früh ein Landarbeiterstreik ausgebrochen. Betroffen sind eine Reihe großer Güter. In den Bauernwirtschaften wird gearbeitet. Der Grund für die Arbeits-einstellung liegt in dem Widerstand der Gutsherren gegen die Tarif-forderungen der Landarbeiter.

Versicherungsreform vor dem polnischen Landtage.

Zhorn, 4. August. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der polnische Reichstag in Warschau berät zurzeit eine umfangreiche Vorlage über Arbeiterversicherung, welche die Kranken-, Unfall- und Altersversicherung in einer einzigen Organisation umfaßt.

Die Angeestellten, Beamten usw. werden entsprechend ihrem monatlichen Einkommen von 50 bis 500 Gulden in 12 Klassen eingeteilt. Außer Unterhaltungen in Höhe von 60 Proz. des monatlichen Arbeitsverdienstes gewährt die Krankenkasse ärztliche Hilfe, Arzneien, Verbandmittel und Begräbniskosten, auch für die Familienangehörigen der Versicherten.

Die Beiträge werden zu zwei Fünfteln von den Versicherten, zu drei Fünfteln vom Arbeitgeber getragen. Während grundsätzlich nur Kreisrentenkassen für mehrere Gemeinden errichtet werden, kann die Versicherungsbehörde Städten mit über 50 000 Einwohnern die Errichtung einer eigenen Krankenkasse gestatten.

Amerikanische Eisenbahnerlöhne.

Laut „Telegraph“ hat der Vorsitzende des Bundes amerikanischer Eisenbahnarbeiter William Lee eine Erklärung über die Löhne bei den Eisenbahnen veröffentlicht. Er sagt darin, daß Amerika wegen der Beunruhigung, die die Folge der Lenierung sei, einem Aufruhr näher sei als je.

Aus New York wird gemeldet: Die Führer der streikenden amerikanischen Eisenbahner haben eine Denkschrift veröffentlicht, in der sie erklären, daß weder eine Lohnherabsetzung noch eine Vermittlung der Regierung eine Lösung der Krise herbeiführen könnten, da die Lohnherabsetzung, wie sie annehmen müßten, eine weitere Verteuerung des Lebensunterhaltes mit sich bringen würde.

Sie verlangen daher die Verstaatlichung der Eisenbahnen und einen Gewinnanteil für Arbeiter und Angestellte. Sie behaupten, daß diese Regelung der Öffentlichkeit den Vorteil biete, daß eine Herabsetzung der Preise möglich würde, denn eine 6-7 prozentige Dividende würde künftig nicht mehr nötig sein, und die 4 prozentige Verzinsung der Staatsanleihe würde genügen.

Joseph Kohler †

Im 71. Lebensjahre ist der bekannte Rechtslehrer der Berliner Universität Joseph Kohler gestorben. Im Rechtsleben sowie im Leben der Wissenschaft überhaupt spielte er Jahrzehnte hindurch eine große Rolle, wenngleich die Ansichten über seine wissenschaftliche Bedeutung bis zu seinem Tode geteilt waren.

Gerade die Tatsache, daß er auf einer außerordentlichen Höhe von Gebieten publizistisch tätig war — so schrieb er über italienische Lyrik, über chinesische Philosophie, indisches Prozedere über sämtliche Gebiete der Rechtswissenschaft, insbesondere der Rechtsphilosophie, und gab selbst einige Bände lyrischer Gedichte und Romane heraus — ließ in manchen Kreisen ein gewisses Mißtrauen gegen die Tiefe seiner Darstellung entstehen, das nicht unbegründet erscheint.

Unersenklich war seine politische Stellungnahme während des Krieges und insbesondere seit der Revolution. Er gehört zu den Universitätsprofessoren, die, ohne in das Wesen der Politik tiefer eingedrungen zu sein, stets die Politik mitmachen, die am lautesten die weltanschaulichen nationalpolitischen Ziele des eigenen Landes verkörpert.

Ist an Kohler auch eine gewisse Originalitätssucht zu tadeln, die sich selbst in seinem persönlichen Auftreten widerspiegelt — viele Berliner auch der nichtakademischen Kreise erinnern sich der charakteristischen weißen Mäntel des Gelehrten — so darf ihm doch auch der wissenschaftliche wie politische Gegner den Namen eines markanten Persönlichkeits nicht absprechen.

Steuerzahlung in Kriegsanleihe.

Die Reichsanleihe drückt auf unser ganzes wirtschaftliches Leben. Das deutsche Volk ist in seinen Kapitalarmen Schichten durch die Kriegsanleihe überfärbt. Das umlaufende Geld vieler Betriebe ist, statt in Rohstoffvorräten, statt in Geldern, die zur Zahlung von Wöhnen und Gehältern zur Verfügung stehen sollen, in Kriegsanleihe festgelegt.

Das bringt die Gefahr mit sich, daß unsere Kriegsanleihe mittelbar oder unmittelbar in das Ausland fliehen würde, wodurch unsere ohnedies, infolge des Friedensvertrags sehr bedenklich werdende Auslandsschuldung katastrophal werden könnte.

Die Katastrophe würde schon deshalb zu befürchten sein, weil die Ausnahmefähigkeit des Auslandes für deutsche Kriegsanleihe nur dann ermöglicht werden könnte, wenn die Kriegsanleihe zu einem erheblich geringeren Kurs ins Ausland abgegeben würde. Ein Kurssturz der Kriegsanleihe würde aber die Möglichkeit, Kredit im Ausland zu finden, in bedenklicher Weise in Frage stellen.

Der Abfluß der Kriegsanleihe ins Ausland hätte die weitere überaus bedenkliche Folge, daß unsere Valuta noch weiter sinken würde. Die Zinsscheine der Kriegsanleihen würden den Markkurs auf den ausländischen Börsen bei jedem Zahlungstermine zum Weichen bringen, was naturgemäß wieder den ausländischen Kurs der Kriegsanleihen niederdücken wird.

Die Demagogen der U. S. A., die mit wirtschaftlichem Wissen nicht behaftet sind, haben eine ungeheuer einfache Politik der Kriegsanleihe gegenüber: „Wir verbrennen das Schuldbuch“, jedenfalls soweit die Kriegsanleihe von reichen Leuten gesichert wurde. Daß das wunderbar antikapitalistisch ist, bestreiten wir nicht. Aber leider ist es eine Utopie.

Bei aller Abneigung gegen die Kriegsanleihe müssen wir uns dareinsetzen, daß wir sie zu verzinsen haben. Wenn wir sie aber zu verzinsen haben, so haben wir ein großes Interesse daran, daß sie einen hohen Kurs hat, und nicht, daß sie auf einen niedrigen sinkt. Je niedriger der Kurs der Kriegsanleihe sein wird, desto mehr Zinsen werden wir für alle anderen Anleihen aufzubringen haben, die wir in den nächsten Jahren ausgeben müssen, um die Friedensbedingungen einzuhalten.

Die ungeheuren Kriegsanleihen drücken auf unser ganzes Finanzsystem umso mehr, als die rund 50 Milliarden schwebenden Schulden, die bei der Reichsbank, bei fast allen Banken und vielen anderen Geldinstituten aufgenommen wurden, neben den Friedensbedingungen zu weiteren Anleihen zwingen. Deshalb ist die Herabsetzung der

Kriegsanleihen eine der Aufgaben der Reichsfinanzverwaltung. Bei der Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs, die am Donnerstag Gegenstand der Verhandlungen der Nationalversammlung sein wird und bei dem eben eingebrachten Kriegsnotopfer ist eines der Ziele der Finanzverwaltung die Auffassung eines großen Teiles der Kriegsanleihe.

Auf der einen Seite steht die Auffassung, daß bloß die Kriegsanleihe zum vollen Ausgabekurs in Zahlung genommen werden darf, die tatsächlich gezeichnet wurde. Auf der anderen Seite wird ermahnt, ob man nicht unterchiedslos Kriegsanleihe zum Emmissionskurs in Zahlung nehmen solle. Wir möchten die beiden Gesichtspunkte hier nur begründen, ohne uns auf einen dieser beiden Standpunkte festzuliegen.

Beide Vorschläge haben gewisse Vorteile und Schattenseiten. Die sozialdemokratische Fraktion hat bisher keine Gelegenheit gehabt, zu diesem Problem Stellung zu nehmen. Es ist aber, wie wir gezeigt haben, für die ganze deutsche Volkswirtschaft und für alle unsere Privatwirtschaften ein ganz außerordentlich bedeutendes Problem.

Von den tatsächlichen Zeichnern der Kriegsanleihe, die diese Kriegsanleihe als Kapitalanleihe angesehen haben, und die sie in keiner Weise spekulativ oder aus sonst irgend einem Grunde veräußert haben, sollte die Kriegsanleihe unserem Erachten nach, wie es auch versprochen wurde, bei den Vermögensabgaben in Zahlung genommen werden zu dem Kurse, zu dem sie von den Zeichnern erworben wurde. Dabei ist freilich der Nachweis der Gleichheit der in Zahlung gegebenen gezeichneten Stücke an vielen Orten nicht einfach zu erbringen. Vielen Zeichnern der Kriegsanleihe, so vor allem in Berlin, soll, soweit sie ein Depositionskonto bei den Zeichnungsstellen gehabt haben, die Kriegsanleihe einfach gutgeschrieben worden sein, ohne daß ein Nummerverzeichnis der Kriegsanleihe den Zeichnern übergeben wurde. Hier ist natürlich der Nachweis sehr schwer zu erbringen. Die Arbeiter und Angestellten der Kriegsindustrie, die unter dem Druck der Unternehmer gegen Abzüge von den Löhnen und Gehältern Kriegsanleihe zeichnen mußten, haben diese Kriegsanleihe nicht direkt von der Zeichnungsstelle, sondern durch den Unternehmer, der für sie gezeichnet hat, erhalten.

Es gibt zahlreiche andere Fälle, in denen der Nachweis der tatsächlich erfolgten Zeichnung und der Nichtveräußerung der nicht gezeichneten Stücke sehr schwer zu erbringen ist. Deshalb würden diejenigen, die diesen Nachweis nicht erbringen können, von den Vorteilen ausgeschlossen sein, und nur so trotz der Kriegsanleihe angerechnet bekommen, als nach den Steuerkursen des Reichsfinanzministeriums in Anrechnung gebracht werden müßte. Sie hätten also die gleichen Nachteile wie die Spekulanten.

Niemand hat ein Interesse daran, den Spekulanten und Spekulanten irgend welche Vorteile an ihrem Besitz in Kriegsanleihe bei der Vermögensabgabe und dem Kriegsnotopfer zu verschaffen. Und doch könnte, wenn der andere Vorschlag Beifall finden würde, gerade diesen wenig sympatischen Kreisen unseres Volkes ein neuer Vorteil erblickt. Trotzdem gibt es Gründe, die die Zahlung der Vermögensabgabe und des Kriegsnotopfers in Kriegsanleihe zum Ausgabekurs als ein Vorteil für das Reich und für die Steuerzahler erscheinen lassen. In diesem Falle würde nämlich eine fruchtvolle Aufwärtsbewegung der Kurse eintreten. Die Besitzer von Kriegsanleihen würden sich stark zurückhalten, weil sie die Kriegsanleihen zur Bezahlung ihrer Steuern und ihrer Abgaben benutzen wollen. Es würde also das Angebot von Kriegsanleihe sehr stark sinken, dagegen würde die Nachfrage nach Kriegsanleihe stark steigen, weil alle Abgabenschuldigen möglichst rasch, bevor der Kurs weiter in die Höhe fliehet, sich die für die Zahlung an das Reich notwendige Kriegsanleihe möglichst rasch werden beschaffen wollen.

So könnte die Kriegsanleihe sich dem Ausgabekurs stark nähern. Das würde zur Folge haben, daß jeder Kredit der

Deutschen Republik im Inlande wie im Auslande sehr gesiegt würde, daß wir die großen Anleihebetrümmen, die wir aus den erwähnten Gründen aufnehmen müssen, zu hohen Ausgabekursen, also bei verhältnismäßig geringen Zinsverpflichtungen behalten würden.

Politische, moralische, privatwirtschaftliche und staatsfinanzielle Erwägungen sehr entgegengelegter Art können für die eine oder andere Form der Verwendung von Kriegsanleihe als Zahlung bei der Vermögensabgabe angeführt werden. Wir wollten diese beiden Möglichkeiten nur auseinandersetzen, aber selbst vorerst zu den Vorschlägen noch nicht endgültig Stellung nehmen.

Reichsnotopfer oder Notanleihe.

Zu dem unter diesem Titel in unserer Nummer vom 27. Juli veröffentlichten Artikel erhalten wir folgende Zuschrift:

Vor den Vorschlag, des Dr. Hartmann, von den Besitzenden an Stelle des Reichsnotopfers eine Zwangsanleihe einzuziehen, muß eine weithin sichtbare Warnungstafel aufgestellt werden. Angenommen, es wird eine Notanleihe in Höhe von 80 Milliarden Mark aufgelegt, denn soviel ist erforderlich, um nur die nicht investierten Schulden zu begleichen; — die Einzahlungen sollen auf einen Zeitraum von 10 Jahren verteilt werden, so daß außer allen anderen direkten und indirekten Steuern jährlich noch mindestens 8 Milliarden Mark aufzubringen wären.

Am Anfang seines Artikels hebt der Verfasser hervor, daß der Reichsfinanzminister sich mit der Erfüllung des Reichsnotopfers innerhalb von 30 Jahren habe einverstanden erklären müssen, damit nicht durch die der Volkswirtschaft entzogenen Milliarden diese ruiniert würde. Wie aber bei einer Zwangsanleihe, die in 10 statt in 30 Jahren eingezahlt werden soll, diese Gefahr sich vermeiden läßt, sehe ich nicht ein. Ebenso hat er bezüglich der Zinszahlung einen so verblüffend einfachen Vorschlag, daß davon jeder Schuldner lernen kann. „Die Zinsen sollen einfach von den Steuern abgezogen werden!“ Ja, und die 4 Milliarden Steuern, die dadurch weniger einkommen, woher werden die genommen?

Mit beratigen Dr. Eisenhart-Kuren ist dem deutschen Volke nicht geduldet! Wir haben gerade genug Schulden und wollen diese lieber mindern, aber nicht 80 Milliarden neue dazu machen. Auch finde ich es anständiger, zu sagen: „Das und das ist dein Anteil an den Kriegskosten, das wirst du unbedingt los!“, als eine Anleihe aufnehmen mit dem stillen Vorbehalt, später doch nicht zu bezahlen.

Was nun die Begehrlichkeit der Entente anbelangt, so wird es dieser wohl ganz gleich sein, ob das Geld als „Notopfer“ oder „Notanleihe“ einkommt. Sobald sie nach dem Geld Begehrt trägt und der Friedensvertrag ihr eine Möglichkeit gibt, wird sie es schon zu erlangen verstehen. Und darauf eine fünfjährige Wirtschaft aufzubauen, daß unsere Gegner bald zur Einsicht kommen und den Friedensvertrag zu unseren Gunsten ändern werden, ist mehr als leichtsinnig.

Das Beste an dem Vorschlage Wissells zur Einführung einer Planwirtschaft war die Errichtung einer Reichsvermögensbank. Nur dann, wenn ein bankmäßig und vor allem nicht bürokratisch geleitetes Institut vorhanden ist, welches die aus dem Reichsnotopfer einkommenden Vermögenswerte zugunsten des Reiches verwaltet und verwertet und ebenso als Unterlage zur Kreditbeschaffung benutzen kann, ist das Notopfer ein einmaliges Opfer und nicht eine auf 30-50 Jahre verteilte Steuer. Natürlich wird sich die Reichsvermögensbank nicht alles aufdrängen lassen, was der Steuerpflichtige gern los werden will, doch läßt sich un schwer ein Weg finden, um beiden Teilen gerecht zu werden. Die Vorlage wird ja im Anschluß der Nationalversammlung noch manche Wandlungen erleben, und es ist anzunehmen, daß die Kürzung der Zahlungsfrist das erste ist, auf das man sich einigt.

Dann möchte ich mir erlauben, die Herren vom Ausschuß

nach auf etwas hinzuweisen. Herr Erzberger ist — wie bekannt — ein treuer Sohn seiner Kirche, und wohl aus diesem Grunde hat er sie von der Besteuerung ausgenommen. Weshalb aber soll das Reich an der Besteuerung der Kirchenvermögen, die mit drei Milliarden Mark wohl eher zu niedrig angenommen sind, vorübergeben? Wenn jeder opfert, so wird es die Kirche, die früher mit ihrem guten Magen so manches Vermögen verschlungen hat, doch auch können.

Ferner soll man sich die Stiftungen recht genau ansehen! Es mögen in Deutschland 12-13 Milliarden in Stiftungen angelegt sein, die durchaus nicht immer nützlichen Zwecken dienen, ebensowenig wie viele Vereine, die wie Krieger- und Schützenvereine, Berte und Grundstücke besitzen, die in die Hunderttausende geben. —

Ebensowenig soll man selbst einen Eingriff in das Vermögen der Städte- und Landgemeinden scheuen. Während im Jahre 1914 in Berlin auf den Kopf ein Stadtvermögen von 210 M. entfiel, gab es Gemeinden, in denen sich diese Quote auf 1000, selbst 2000 M. stellte. Im Jahre 1914 wurde das Gesamtvermögen auf 9 Milliarden Mark geschätzt. Nun fehlt leider jeder Anhalt, wie die Kriegsausgaben auf die Gemeindefinanzen gewirkt haben, doch ist anzunehmen, daß alle Industrieorte mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, während die Vorgemeinden mit wenigen Ausnahmen fähig sein werden, ihrerseits zum Reichsnotopfer beizutragen.

Geldreue und Gejammer gibt es sowieso. Niemand wird sich gern von einem größeren oder kleineren Teile seines Vermögens trennen. Wir wollen nicht nur arbeiten, um für die Zinsempfänger zu sorgen. Soll unser Volk nicht auseinanderfallen in zwei Völker, von denen die einen die Zinsempfänger, die anderen die Zinspflichtigen sind, so müßten wir den größten Teil der Reichsschuld aus der Welt schaffen. Und hierzu muß jeder von uns einen Teil seines Vermögens hergeben. Max Brand.

Eine politische Neubegründung.

In Dirschau ist die Bildung einer deutschen Partei für die abzutretenden Gebiete Posen und Westpreußens beschlossen worden. Die neue deutsche Partei will alle Deutschen in den abzutretenden Teilen Posen und Westpreußens ohne Unterschied der Zugehörigkeit zu den bisherigen deutschen Parteien in dem Zwecke zusammenfassen, das Deutschtum in den an Polen gelangenden Teilen dieser beiden Provinzen zu erhalten und die Interessen aller Deutschen zu wahren. Die Hauptgeschäftstellen befinden sich in Bromberg und Graudenz.

Der Plan, die Deutschen, denen zweifellos unter der polnischen Herrschaft viel Schwebes bevorsteht, zu schützen und ihre Interessen zu vertreten, ist an sich außerordentlich begrüßenswert. Nur sind leider die Namen der Parteibegründer politisch eingeremacht anrühlig: sie legen sich nämlich aus den Landesverbänden der Deutschen nationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, den deutschen Volksräten der abzutretenden Teile der Provinzen Posen und Westpreußen, sowie der Deutschen Vereinigung in Bromberg zusammen. Es besteht die Gefahr, daß diese Parteien ihr Ziel weniger in einem Schutz der Bevölkerung als in einer chauvinistischen Verhöhnung derselben erblicken werden.

So schwer auch eine Verständigung mit den Polen infolge der beiderseitigen Verbitterung auf lange Zeit hinaus erscheint, so ist doch der einzig mögliche Weg der Verhandlungen, an die von beiden Seiten mit dem Willen der Verständigung herantreten werden muß. Daß dieser Wille aber den konservativen Kreisen bisher völlig gefehlt hat, haben sie in ihrer gänzlich verstandnislosen Polenpolitik, der wir zum Teil die heutige unglückliche Lage zu danken haben, zur Genüge bewiesen. Voricht erscheint deshalb der neuen Partei gegenüber für unsere Genossen geboten.

Die Entthronten.

Von Wilhelm Lamszus.

Sie haben ihre Kronen abgenommen. Sie haben die Majestäten mit ihren Fürstentümern ausgezogen und sind Privatleute geworden. Sie treiben, wie man uns berichtet, Sport, spielen Tennis, fahren Auto, gehen auf die Jagd und lesen Romane.

Ihr Volk wälzt sich in Fieberkrämpfen und müßt sich verweigern, die flackenden Wunden, aus denen das Leben entspringt, zu schließen. Sie aber sitzen in ihren Versiedeln, duschen sich und warten, daß Götter über die unselige Geschichte wachen möge. Hoffen wohl gar im geheimen, daß es noch alles anders kommen könnte, daß sie noch eines Tages wie der Vogel Phönix in strahlender Verklärung aus der Asche steigen.

Denn Kräfte kommen aus der Heimat, Erbgebensadressen von noch immer in Ehrfurcht ersehenden Patrioten, glühende Kreuzschwüre bis in den Tod — so weht es bellamisch aus jener allen, jenen Zeit, da man noch von Gottes Gnaden war.

Und doch werden sie ihres Lebens nicht mehr froh. Denn jeder Morgen, der sie nach der Zeitung greifen läßt, wird zu einer schweren Prüfung. Das allerhöchste Angesicht, dem einst die Untertanen nur gehorsam im vorgeschriebenen Zeremoniell gekniet zu haben wagten, das allerhöchste Angesicht bringt heute schon eine kleine nichtswürdige Zeitungsnacht zum Erschlagen. Sie haben Ahnungen, sie haben Erscheinungen. Sie sehen den finsternen Tower, sehen das Gespenst Maria Stuart blutig aus dem Grabe steigen. Staatsgericht, Kerker, Verbannung, das sind die Schattenspiele. Gärten anlegen, Wohnungen des Glücks zu schaffen, ist das nicht des Schwelgers der Welt wert?

Wir hören vereint aus dem erleuchteten Munde der Hände Arbeit preisen als das Höchste auf Erden, die Arbeit als des Reiches Stütze, das Fundament des Vaterlandes. Nun, Bruder Arbeiter, deine Stunde ist gekommen! Es werden Arbeiter gesucht, viel tausend Freiwillige zum harten Lagerfeld. Werden sie kommen, die da so trefflich das Hobeisel der Arbeit zu fangen wuchern? Werden sie in Reich und Glied sich stellen mit ihren jungen, starken Söhnen und Städtbauer werden? Wird die weiße, gepflegte Hand, die so geschickt den Tennisball im Flug zu treffen weiß, nun da es gilt, das Spielzeug lassen und den gemeinen Hammer ergreifen? Viel laufend Wästelstellen warten der Hände, die da Häuser bauen. Viel tausend gefüllter Körbe warten

des Rückens, der da Steine trägt. Hier sind die unterbrachten Kräfte, die nach Arbeit lechzen. Hier sind die Ersten aus dem Volke der Arbeit.

Man höre endlich auf, von Staatsgerichten, von internationaler Schuld und Sühne zu reden. Napoleon auf St. Helena ist eine herzogende Romanfigur für Badische. Aber der Schulputzer am Bahnhof, der den Schmutz von den Stiefeln des wegenübten Wanderers entfernt, ist tausendmal schöner in seiner stillen Würde als sämtliche Könige im Exil.

Die Erde grabend im Schweige des Angesichts sahnte Cain der Nord an seinem Bruder Abel. Heute dampft die Erde vom Blut der Erschlagenen und der Weist der Geopfertenen kann nicht zur Ruhe kommen. Sie sagen, unser Volk wäre krank. Es wolle nicht länger nach alter Weise arbeiten. Es wolle Früchte vom Dornstrauch pflücken und Feigen von Dornen sich lesen.

Wohlan, Sie werden folgen, die heute abwärts gehen, sie werden wieder in die Vergessenen hinuntersteigen, werden sich in den Fabriken einspannen, wenn Ihr, Ihr Patrioten von Gottes Gnaden, das Beispiel gebt, daß es die Arbeit ist, die nicht nur den im Staub Gehorenen abt. Wohlan, die Zeit ist da, daß Könige nicht größerer Ruhm erwerben können, als daß sie selber mit der vergangenen Herrlichkeit zu stehigen, fröhlichen Rärnern werden.

Wie die deutschen Schiffe im Scapa Flow gehoben werden.

Die Versuche der englischen Regierung, die versenkten Schiffe der deutschen Flotte wieder zu heben, sind bei den kleineren Frontzeugen zum Teil geglückt. Welche kaum überwindlichen Schwierigkeiten sich aber der Rettung der großen Panzerschiffe entgegenstellen, darauf weist ein Fachmann in einem Aufsatz der „Doll Week“ hin. Wohl hat man mit der Hebung von Dampfschiffen, die während des Krieges rund um die englische Küste versenkt wurden, große Erfolge erzielt. Aber das ist ein Kinderpiel, verglichen mit der Riesenaufgabe, die bei der Hebung so gewaltiger Kriegsschiffe wie der deutschen zu liegen ist. Vor allem muß bei diesen Bergungsarbeiten berücksichtigt werden, daß man diese Kriegsschiffe auf dem Meeresboden mit dem Kiel nach oben liegen lassen wird. Da die deutschen Kriegsschiffe ganz allmählich und fast unmerklich mit meist hochwertigen Eichensteinen dem Meeresboden anhaftend oder sich höchstens etwas auf die Seite legen, so bedarf diese Tatsache einiger Erklärung. Dem Leuten muß es natürlich erscheinen, daß die Kriegsschiffe beim Sinken in die Tiefe mit dem Kiel zuerst auf den Boden aufstießen. Dabei vergißt man aber, daß die ungeheure Last des Decks, die von den schweren Kanonen und der mächtigen Panzerung herrührt, die Schiffe unter Wasser umkippen ließ. Momentphotographien, die von dem deutschen Seefahrer „Derfänger“ in dem Augenblick, wo er von der Meeresoberfläche verdrängt, aufgenommen wurden, zeigen deutlich, wie das Schiff plötzlich umkippte. Dies muß auch so sein, denn in einem bestimmten Stadium des Sinkens

erhält die schwere Last des Decks das Hebergewicht, der Kielteil des Schiffes wird leichter, und das Schiff sinkt mit dem Kiel aufwärts. Diese Lage der Schiffe erschwert die Bergungsarbeiten außerordentlich. Dazu kommt aber noch, daß der Meeresboden gerade an den Stellen, wo die größten Schiffe der deutschen Hochseeflotte, der „Derfänger“, „Hindenburg“ und andere gesunken sind, sehr fest ist, und dieser Umstand wird die Hebungsmöglichkeiten ebenfalls sehr verringern. Die weiteren Arbeiten sind also von den ungünstigsten Vorbedingungen begleitet, und es besteht wenig Möglichkeit, die größten und wertvollsten der deutschen Kriegsschiffe von dem Felsengrund von Scapa Flow loszureißen.

Die Dame im Frack.

So nennen die Theatermacher Vorbes. Milo-Steinberg und B. Bromme (Ruß) ihre im Berliner Theater zur Aufführung gedachte Posse. Neuerdings bildet bei dieser Berliner Spezialität zumeist das „Verhältnis“-Mittel, das sich „aushalten“ läßt, den begehrtesten Anziehungspunkt einer in unentwerbbarem Bild, sinn verlassenen Situationskomik, (trotzdem „Handlung“ gebricht). Es wird da förmlich auf Nervengeißelung hingearbeitet durch Anhäufung und maßlose Heberführung der Affekte und realen Geschehnisse, die allesamt wieder Zweck nach Logik haben. Nehezu zwei lange Akte wird der Zuschauer genarrt, bis der im Titel angebeutete „Anallekt“: die Hauptfigur im Prädikant und Jünger — erscheint. Und zwischen all diesen Akten vermagst der Komponist seine verschiedenartigen Ohrenschmause in Form von Kuplets, Schnellwäzern, Schiebepägen und reichlich geschmackten Singweisen, deren Witzigkeit und Eigenart oft recht fraglich ist. Aber wenn's nur „Kling“, wenn's nur Langbeine auf der Bühne, Ladmuseln im Theaterraum in Bewegung setzt — und „a * * * * *“ trägt! Von den Mitwirkenden, die ja samt und sonders feinerer Kunst der Menschenbarstellung zu leisten haben, sei Köthe Dorisch genannt. Sie hat wenigstens Natürlichkeit und Charme. e. k.

Notizen.

Der Verband der Freien Volksschulen veranstaltet im nächsten Winter 20 Mittagskonzerte im Theater am Bülowplatz und in der Philharmonie. Die Leitung des ersten dieser Konzerte hat Generalmusikdirektor Max von Schilling übernommen. Außerdem sind gewonnen worden: Edmund von Haussegger, Hermann Scharfen, Professor Georg Schumann, Professor Hugo Mühl, Professor Carl Thiel, Barbara Kemp, Wanda Randowka, Artur Schnabel, Professor Carl Meiß, Professor Hugo Becker, das Klingler Quartett, Professor Mayer-Mahr, Alfred Wittenberg, Professor Heinrich Grünfeld, das Premslav-Quartett.

— Der Herr Hammerstein ist fleißigjährig in New York gekehrt. Als Junge war er aus New York in die Döllschule durchgebrannt, wo er es nach mancherlei Umwegen zu einer 5. Reihe in der Stellung als Theaterunternehmer brachte. Er spielte: „Therba“, erfindet die Nachgertendüne, für: 1. a. 1. Parnus der Bühne, bis eines Tages die ganze Döllschule verbrachte. Die Döllschule, wieder emporzukommen, mißlang es, weil die Döllschule

Aus der Fürstenliteratur.

Die literarische Art, in der sich sämtliche ehemaligen gekrönten Häupter in ihrer Vergessenheit bemerkbar zu machen suchen, hängt nachgerade an, somit zu wirken. Kommende Zeiten werden als Kuriosität die ungeschickten Briefe, die seit dem 8. November von einstigen Herrschern geschrieben worden sind, der staunenden Welt in Museen vorführen, falls ihr Wert ein derartiger ist und man sie nicht schon vorher dem Papierfresser überantwortet. Das neueste literarische Ereignis dieser Art ist ein Brief des ehemaligen Prinzen Heinrich von Preußen an den König von England, in welchem er gegen die Auslieferung Wilhelms II. Verwahrung einlegt.

Dah sich Heinrich für seinen Bruder einsetzt, ist menschlich begreiflich, und wir würden von dieser Tatsache als einer rein privaten Familienangelegenheit nicht die geringste Notiz nehmen. Wenn er aber in gleichen Briefen England ohne die Spur eines Bewusstseins die Hauptschuld am Weltkrieg zuschiebt, wenn er drohend davon spricht, der deutsche Geist werde einst Rechenschaft fordern, so wird Heinrich von Preußen hiermit zu einer Gefahr für das deutsche Volk, weil nur zu leicht der Eindruck entstehen könnte, als hätte er irgendwelche namhaften Kreise hinter sich. Von den nächsten denkenden Engländern erwarten wir allerdings, daß das geistlose Sabelkrämer eines Entwaffneten nur unangeheures Gelächter erwecken wird. Auch wir erhoffen eine Revision des Friedensvertrages, aber mit anderen Mitteln und auf anderem Wege als die gekürzten Häupter der Fürstentümer.

Arbeitslosigkeit und Arbeitermangel.

Im „Jauerischen Tageblatt“ macht der Landwirt Jungnickel aus Hermannsdorf bekannt, daß er aus Arbeitermangel gezwungen sei, seine gesamte Ernte auf dem Palm freiwillig zu veräußern.

Hier kann die Ernte nicht herangebracht werden, weil keine Arbeiter zu haben sind — dort häufen sich Hunderttausende von Arbeitslosen.

Deutsches Geld in Frankreich. Ähnlich wird aus Paris berichtet, daß das Verbot der Einfuhr von deutschen Banknoten, deutschem Geld und anderen deutschen Zahlungsmitteln nach Frankreich aufgehoben worden ist.

Industrie und Handel.

Börse.

Meldungen, die wissen wollten, daß das Projekt der Roten-Abtampfung fallen gelassen worden sei und die im Zusammenhang damit stehende Erhaltung des deutschen Marktfusses im neutralen Ausland bewirkt eine Befestigung der Tendenz an der Börse. Das Geschäft blieb aber still. Höchstenswert waren am Montagmarkt: Belsenbacher, Deutsch-Luxemburg und Kattowitzer, auch einzelne Mählingerpapiere stellten sich höher. Fest waren noch Kolonialwerte und Petroleumpapiere. Heimische Anleihen waren im allgemeinen wenig verändert. Kriegsanleihen eröffneten mit 81/2 und notierten später 81.

Groß-Berlin

Ludendorffs Denkschrift vom 14. September 1917.

Witten im Norden, im graufigsten Kampfe,
In blutigen Schlachten von wider Dier,
Auf zerstampften Fluren, im Pulverdampf,
Auf Trümmern von Städten, der Länder Dier,
Witten im Triumph von Trug und von Lüg' —
Denkt Ludendorff nur an den nächsten Krieg.

Bei all dem Elend, dem Jammer, der Not,
Beim heißen Flehen um Frieden und Brot,
Das täglich aufsteigt aus qualvoller Welt,
Aus Millionen Herzen zum Himmelszelt,
Bei jedem blutigen Vorruchstiege —
Denkt Ludendorff nur an den nächsten Krieg.

Ist's wirklich wahr? Gibt's solchen Menschen?
Dann sind vernichtet auch alle Grenzen,
Die zwischen Mensch und Tier bestehen.
Dann muß die Menschheit trostlos untergehn,
Denn solch Barbare kann straflos handeln,
Und Erdenglück in Höllepein verwandeln.

R. S.

Wohnungsschieber.

Die Wohnungsmiet in Berlin ist aufs höchste gestiegen. In vielen Wohnungen haufen mehrere Familien beisammen, andere müssen zu ungeheuren Preisen in Hotels sich aufhalten. Demgegenüber stehen nicht allein Kriegerwohnungen, die nur ganz unvollkommen ausgenutzt sind, sondern insbesondere eine große Anzahl von Wohnungen, die von Schiebern und Wucherern beschlagnahmt worden sind. Kennzeichen dieser Mann in den Zeitungen, daß man eine Wohnung bekommen könne, wenn man für zehntausende von Mark Möbel dabei übernimmt. Die Unerschämtheit, mit der sich das Wohnungsschiebertum in der Öffentlichkeit brüht, zeigt sich deutlich in häufig wiederkehrenden Annoncen, wo ein halbes Duzend und mehr Wohnungen gleichzeitig ausbezahlt werden, allerdings auch nur für wohlhabende Kreise, denen es auf ein Päckchen brauner Lappen, die für die Übernahme von Möbeln gefordert werden, nicht ankommt. Es gibt auch eine ganze Reihe solcher Schieber, die berufsmäßig Möbel zusammenkaufen und damit leerstehende Wohnungen, in Verbindung mit dem Hauswirt, ausfüttern, um sie dann zu Wucherpreisen als möblierte Wohnungen zu vermieten.

Der arme Mann kann sich solche Wohnungen nicht leisten. Die Behörden sollten mit aller Rigorosität gegen die schamlose Ausplünderung von Wohnungsuchenden eingreifen. Ein gangbarer Weg wäre, die leerstehenden oder leer werdenden möblierten Wohnungen zu ermitteln, die Möbel in irgendwelche Schuppen unterzubringen und den Hauswirt zu zwingen, die Wohnung zu einem angemessenen Preis an den nächsten Mietlustigen abzugeben. Gegenüber den Vollschädlingen ist kein Mittel hart genug.

Ausgabe von Reisebekleidung.

Die Reisebekleidungsstelle stellt für Kriegsdienstverpflichtete, rückführende Krieger, Beamte, Privatangestellte, hinführende Familien usw. den Kommunalverbänden Stoffe durch Vermittlung des ordnungsgemäßen Kleinhandels zur Verfügung. — Diese Textilien können auf Grund von Berechtigungscheinen bezogen werden, deren Ausstellung beim zuständigen Kommunalverband zu beantragen ist. Und die Preise und die Innehaltung derselben. Was ist darüber vereinbart?

Zur Kommunalisierung des Kraftverkehrs.

Von einem Kraftwagenführer wird uns geschrieben: Zu dem in der Abendausgabe des „Vorwärts“ vom 30. Juli gebrachten Bericht über die Verarmung der Kraftwagenbesitzer ist wohl doch noch einiges zu sagen. In der in dem Bericht abgedruckten Resolution werden Behauptungen aufgestellt, die man als durchaus falsch bezeichnen muß. Wenn z. B. behauptet wird, daß das Kraftfahrzeugengewebe auch während des Krieges seine Kaufkraft glänzend gelöst habe, so wird man nicht diese Einwohner finden, die darin mit übereinstimmen. Bis auf den heutigen Tag halten sich die Kraftfahrzeugbesitzer nicht mehr an die vom Polizeipräsidenten vorgeschriebenen Fahrpreise. Sie verlangen vielmehr vom Publikum Preise, und zwingen auch ihre Fahrer zur Erhebung derselben, welche es fast nur Kriegsgewinnlern und Schiebern möglich machen, eine Kraftfahrzeugschleife zu benutzen. Auch die Behauptung, die Kommunalisierung des Kraftverkehrs würde Hunderttausenden von Besitzern die Existenz rauben, ohne daß dadurch der Allgemeinheit genützt werde, trifft nicht ganz zu. Deute fahren fast sämtliche Kraftfahrzeugbesitzer ihre Wagen allein, während es bei einigermaßen gutem Willen möglich wäre, noch einen Fahrer zu beschaffen. Infolge dieser egoistischen Maßnahme sind natürlich eine große Zahl arbeitsloser Kraftfahrzeugführer vorhanden, die von der Allgemeinheit unterstützt werden müssen; aber wenn sie Arbeit hätten, durch Steuerzahlung der Allgemeinheit nützen könnten. Die Kraftfahrzeugführer sind im Gegensatz zu den Besitzern fest davon überzeugt, daß das öffentliche Wohl nicht die Vertheilung der privaten Betriebe, sondern die schleunige Kommunalisierung des Kraftverkehrs erfordert. Dementsprechende Anträge sind den Behörden bereits gestellt und wie geben uns der Hoffnung hin, daß sich diese der Notwendigkeit dieser Anträge nicht verschließen werden.

Aktion, Teilnehmer der Rednerkurse. Zweiter Abend heute abend 7 Uhr Aula, Christburger Str. 7.

Einführungskursus in die Geschichte des Sozialismus. Beginn Donnerstag, den 7. August, abends 7 Uhr, Aula Christburger Str. 7, und nicht in der Gemeindschule hinter der Garnisonkirche. Teilnehmerkarten à 2.— M. sind noch in den Vorwärts-Expeditionen Wilhelmshavener Straße 48, Müllerstraße, Ecke Alexander, Sautiger Platz, Lichtenberg, Charlottenburg, Selenheimer Straße, in der Buchhandlung Lindenstr. 2, sowie in den Bureaus der S. P. D., Bellevuestr. 7, zu haben.

Kreis-Turn- und Sportfest des Arbeiterturnerbundes.

Gestern fand im Stadion das Kreis-Turn- und Sportfest des Arbeiterturnerbundes statt. Nachdem im Laufe des Vormittags die Vorkämpfe ausgetragen wurden, begannen um 1/2 12 Uhr die eigentlichen Entscheidungskämpfe. Der trotz des unbehaglichen Wetters zahlreiche Besuch zeigte, daß die Berliner Arbeiterschaft den sportlichen Darbietungen ein reges Interesse entgegenbringt. Eingeleitet wurde das Fest durch Freilungen der Kinder, Männer und Frauen, die einen imposanten Anblick boten. Die Staffettenläufe zeigten oft spannende Kämpfe. Auch die turnerischen Darbietungen: Turnen am Barren und Tisch, sowie Aufbau der Turntänzerinnen, fanden Anklang. Gute Leistungen wurden auch im Hoch- und Weitspringen erzielt. Leider beeinträchtigte der später einsetzende Regen die letzten Wettkämpfe. Den Abschluß bildete ein Fußballwettkampf zwischen Köllnis-Joch-Berlin.

Nächstehend die genauen Ergebnisse: 10 x 100 Meter Stafette der Frauen: 1. Spandau 2:30 Min., 2. Fichte 1 2:40 Min., 10 x 100-Meter-Stafette der Mädchen: 1. Fichte 2 2:48 Min., 2. Fichte 4 2:47 Min., Hochspringen der Männer: Aurloand (Bremen) 1,25 Meter. Speerwerfen der Turnerinnen: Giese (Mariendorf) 21,35 Meter. Anschließend der Jugendlichen: Kehler (Fichte 8) 7,10 Meter. Angelhaken der Männer: 1. Meischel (Bremen) 10,20 Meter, 2. Schöneberg 9,60 Meter. Hochspringen der Turnerinnen: 1. Schuff (Lichtenberg) 1,25 Meter, 2. Kaumann (Fichte 5) 1,20 Meter. 1000-Meter-Läufen der Jugendlichen: Anapp (Lichtenberg) 3,4 Min., 2. Gatz (Mariensfelde) 3,9 Min., 100-Meter-Läufen der Männer: 1. Busse (Nashenow) 11,4 Sek., 2. Schulze (Nashenow) 12 Sek., Speerwerfen der Jugendlichen: 1. Klagenberg (1. Lehr.-Abt.) 25,40 Meter, 2. Wolf (1. Lehr.-Abt.) 27,55 Meter. 100-Meter-Läufen der Turnerinnen: 1. Schöder (Köpenick) 14 Sek., 2. Pape (Fichte 4) 14,2 Sek., Schleuderballwerfen der Männer: 1. Jirfel (Hort) 49,90 Meter, 2. Meischel (Bremen) 45,60 Meter. Hochspringen der Jugendlichen: 1. Friedrich (Nashenow) 1,50 Meter, 2. Thiele (Nashenow) 1,40 Meter. Stabhochspringen der Männer: 1. Stahn (Schöneberg) 3,10 Meter, 2. Loppel (Fichte 9) 3,10 Meter (berührt). Schlagballwerfen der Turnerinnen: 1. Guttsche (Weihenfeld) 45 Meter, 2. Bahn (Wilmersdorf) 40,50 Meter. 100-Meter-Läufen der Jugendlichen: 1. Thiele (Nashenow) 12,3 Sek., 2. Schachthöl (Fichte 4) 12,4 Sek., 4 x 100-Meter-Stafette der Jugendlichen: 1. Schöneberg 54 Sek., 2. Schöneberg 56,3 Sek., 10 x 100-Meter-Stafette der alten Herren: 1. Norden 9 Min., 2. Südwest-Bezirk 2:41 Min., Olympische Stafette für Männer: 1. Fort 4:12 Min., 2. Rudenwalde 4:18 Min., Weitspringen für Jugendliche: Bausener (Schöneberg) 5,05 Meter. Weitspringen der Männer: 1. Jechner (Schöneberg) 5,92 Meter, 2. Schulze (Nashenow) 5,87 Meter, 4 x 100-Meter-Stafette der Männer: 1. Fichte 4 44 Sek., 2. Fichte 17 46 1/2 Sek., 10 x 100-Meter-Stafette der Turnerinnen: 1. Adlerhof 2:41 Min., Schweden-Stafette der Jugendlichen: 1. Fichte 4 2:33 Min., 2. Fichte 1 u. 2. 200-Meter-Stafette der Männer: 1. Fichte 17 4:19 Min., 2. Fichte 4 4:26 Min., 3000-Meter-Stafette der Jugendlichen: 1. Schöneberg 17:208 Min.

Der Reichsbund der Invaliden usw., Ortsgruppe Berlin, veranstaltete vor einigen Tagen zwei große öffentliche Versammlungen. Etwa 1500 Anfall, Arbeits-, Alters-, Armenrentner und Witwen füllten die Aulen. Ungeheures Elend wurde dabei zutage gefördert. Der allermodernsten Kleidungsstücke entblößt, boten viele Teilnehmer ein überaus trauriges Bild, mit Polypentinnen und Pottöpfeln. Nicht imstande, ihre rationierten Lebensmittel zu erhalten, haben sich auch die „Arbeiterinvaliden“ nicht die notwendigen Kleidungsstücke ergötzen können. Die Ausführungen des Referenten H. Sommer fanden nicht enden wollenden Beifall. Eine äußerst traurige Diskussion schloß sich dem Referat an. Einstimmig wurde folgende Resolution gefaßt:

„Besagnehmend auf die Konferenz der Bundesleitung im Reichsarbeits- bzw. Reichsmohlfahrtsministerium und besagnehmend auf die Ausführungen des Ministers Schilde sind die Stadtverwaltungen bis zur reichsrechtlichen Regelung unserer Ansprüche verpflichtet, in ausreichendem Maße für die Kollektoren der Stadt zu sorgen unter Fortfall jeder krankenden und ehrverletzenden Handhabung, unter Anrechnung an die Erwerbslosenförderung, ferner eine großzügige, humane Reduzierung und Anwendung der städtischen Wohlschrittspflege durchzuführen, unter Fortfall der Begriffe „Armenunterstützung“, „Armenpfleger“, „Armenkassen“, „Armenempfänger“, sowie die Beseitigung eines Existenzminimums, wie bei den Erwerbslosen, und sofortige Erhöhung der „Armenrenten“.

Die „Armenrenten“ zählt immer noch täglich 50 Pf. Unterstützung nach dem alten hilflosen System. Die Armen können sich weder die Milch noch die gesamte Ration kaufen, die Anspruchnahme der Ration ist überhaupt nicht möglich!!!

Für 400 000 Mark Speck beschlagnahmt.

Eine große Sendung von Speck ist durch die Lichtenberger Kriminalpolizei beschlagnahmt worden. Auf dem Rummelsburger Güterbahnhof beobachtete ein Kriminalbeamter, daß mehrere Personen sich an einem Waggons zu schaffen machten und aus dem Innern Speckstücken herausholten. Der Beamte nahm an, daß es sich um Transportverteilung der Lichtenberger Lebensmittelverteilungsgesellschaft handle, und veranlaßte die militärische Wache des Bahnhofes, Posten vor die beiden Güterbahnwaggons zu stellen. Eine dem-

entsprechende Meldung beim Magistrat Lichtenberg ergab, daß dort von einer solchen Specksendung nichts bekannt sei. Darauf stellte die Kriminalpolizei bei der Direktion des Lichtenberger Güterbahnhofs Nachforschungen an und verlangte die Speckbriefe für die beiden Waggons, welche zusammen 400 Zentner Speck im Werte von mindestens 400 000 M. enthielten. Trotz aller Nachforschungen konnten jedoch Papiere, welche über Herkunft, Inhalt und Bestimmungsort der Waggons Aufschluß zu geben vermochten, nicht gefunden werden. Dagegen stellte die Polizei fest, daß die beiden Waggons mit Speck am Tage zuvor mit einem aus Siegen in Westfalen eingetroffenen Zuge angekommen seien und in Lichtenberg abgehängt worden waren. Die Waggons wurden zur Rampe gehoben und dort sollten die 400 Zentner Speck in Kisten befanden, ausgeladen werden. Neugierigerweise will niemand von der Ankunft der Waggons etwas gewußt haben. Auch der Befehl, die beiden Waggons abzuladen und an die Güterrampe zu schieben, ist von der Leitung des Güterbahnhofs nicht erteilt worden. Die Polizei nimmt an, daß es sich hier um eine groß angelegte Schiebung handelt, bei der auch Bahnbeamte beteiligt gewesen sein müssen, wie das Verschwinden der Speckbriefe und Beschriftungen deutlich beweist. Der Speck ist amerikanische Ware, die offenbar aus dem besetzten Gebiet eingeführt wurde, um hier unter der Hand weiter verschoben zu werden. Vorläufig wurden die 400 Zentner beschlagnahmt und der Landesfleischstelle überwiesen.

Die zunehmende Unsicherheit in Groß-Berlin hat die Berliner Schymannschaft veranlaßt, sich an einer höheren Dienstleistung bereit zu erklären in der Voraussetzung, daß ihr die durch die Reichsverordnung der längeren Dienstdienstleistungen Kosten durch eine Entschädigung ersetzt werden. Gleichzeitig fordert die Berliner Schymannschaft, daß die Beamten restlos auf bewaffnet werden und eine Auffüllung der Reihen bis spätestens 1. Januar 1920 erfolgt. Der Reichsverband der Polizeibeamten Deutschlands, auf dessen Auffklärungsarbeit die diese Entscheidung zurückzuführen ist, hat den Entschluß der Beamten den zuständigen Regierungsstellen unterbreitet.

Der rätselhafte Todesfall, über den wir im Morgenblatt berichteten, scheint sich dahingehend aufzuklären, daß Frau G. das Opfer einer Erpressung geworden ist. Die eine der „Freundinnen“ hat erhebliche Geldmittel von der Geizhalsin verlangt, die dieser zuletzt den Revolver in die Hand gedrückt haben.

Potsdam. In einer gewaltigen Kundgebung gesellte sich gestern die vom Generalkonsulat einberufene Protestversammlung gegen die mangelhafte Lebensmittelverteilung in Potsdam und die in letzter Zeit zutage getretenen Mißstände. Tausende hatten sich an dem geräumigen Platz vor dem Rathaus eingefunden, um Anteil zu nehmen an einer Besserung der Zustände. Heberall herrschte Ruhe und Ordnung, deren Aufrechterhaltung das Kartell unter der Bedingung übernommen hatte, daß Militär und Polizei nirgends aufzutreten sei. Während Tilmann (S. P. D.) und Staab (L. S. P. D.) vor der Menge referierten, verhandelte im Stadtschloß die Kommission mit dem Magistrat. Die beiden Referenten schloßen unter wiederholtem Beifall der Menge die Ernährungsverhältnisse an Ort, welche gegen die Nachbargemeinde die denkbar schlechtesten sind, und brachten verschiedene Fälle zur Sprache, welche bewiesen, daß auf dem Rathaus so manches im argen liegt und mit eifrigem Fleiß ausgesetzt werden muß. Schließlich gelangte eine Resolution einstimmig zur Annahme, in der dem Magistrat das Mißtrauen ausgesprochen und Aufforderung über einzelne Fälle von Unregelmäßigkeiten in der Versorgung verlangt wird. Da sich die Verhandlungen mit dem Magistrat längere Zeit hinzogen, wurde die Versammlung mit dem Magistrat längere Zeit hinaogen, wurde die Versammlung mit dem Magistrat geschlossen, daß über die geforderten Verhandlungen in einer am Dienstagabend 8 Uhr im Verbands-Rathhaus stattfindenden Versammlung berichtet werden soll. In der gleichen Ordnung, wie sich der Versammlungsplatz gefüllt, löste die gewaltige Versammlung sich wieder auf. Die Verhandlungen der Kommission zogen sich bis nachmittags 4 Uhr hin.

Die Aufrückentungen in Potsdam sind durch das energische Eingreifen der Medizinischen Behörden zum Stillstand gekommen. Bisher hat die Seuche 7 Todesopfer und etwa 50 Erkrankungen gefordert.

Romones Gemeinderatswahl. Die von der Gemeinde erteilten Volksbuchauskünfte wurden im ersten Semester von 757 Verleihen benutzt; darunter waren 257 Frauen. Auf ein Gesetz des freien Turn- und Sportvereins Romones wird ihm die Verwaltung des Spielplatzes im Park Babelsberg unter Aufsicht des Gemeindevorstandes übertragen. Die im Oktober 1918 festgesetzte Höhe der Umwälsteuer haben die Gemeindevorstände des Ministers nicht gefunden und werden wie folgt ordnet: für bebauten Grundstücke 2 Proz., für unbebaute Grundstücke 2 1/2 Proz. Die Wertzuwachssteuer wird von 35 auf 70 Proz. erhöht. Ueber die Verringerung der Einkommensteuerverträge (Ermäßigung für kleine Einkommen, Erhöhung für hohe Einkommen zum Ausgleich) kommt es noch nicht zur Beschlußfassung.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Sennsdorf. Als Dienstag, Markt 7 D je 1 Bund neue Kartoffeln bei den bekannten Händlern. Die Fleisch- und Seifenarten werden ausgeben am Dienstag bei Kaffeehaus, Markthaus, Rosendorf, Dampf und Fleckstraße; am Mittwoch Berliner, Seiler, Burg- und Fabrikstraße und Lunden.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Rund der inaktiven Unionsmitglieder. Dienstag, 7 Uhr. Demonstrationssammlung in den Germania-Hallen, Chausseestraße.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

9. bis 14. Okt. Dienstag, 7 1/2 Uhr, Funktionärskonferenz im Reichsberger Hof, Reichsberger Str. 147.
15. Okt. Dienstag, 5. August, 7 1/2 Uhr, bei Krüger, Langestr. 25: Frauenabend. Genossin Stadtvorordnete Dr. Wiggoldinski spricht über Frauenpflege.
23. Okt. Propagandakommision heute 7 Uhr Sitzung bei Tamme, Nauenstr. 14: Gruppe, Dienstag 7 1/2, Gruppenversammlung.
Kantstr. 51, Vortrag über August Bebel.
Potsdam. Wahlvereinsversammlung Mittwoch, 8 Uhr, bei Beder, Lindenstr. 20. Alle Mitglieder müssen zur Stelle sein.

Jugendveranstaltungen.

Verein Arbeiterjugend, Altig. Süd-C. Heute 7 Uhr Gemeindefest, Brangelstr. 128: Mitgliederversammlung.

Gewerkschaftsbewegung

Der Streit der Bretterträger und Holzplaner.

Die Streikleitung schreibt uns: In der „Vossischen Zeitung“ teilte der Verband der Arbeitgeber der Berliner Holzhandwerker den Berliner Bürgern mit, daß die Bretterträger pro Jahr 12 500 Mark verdienen und daß sie nur freilich um zu streiken. Es wird dann weiter ausgeführt, daß der Bretterträger pro Tag im Afford 50 M. und in 100 Arbeitstagen 5000 M. verdiene. Ferner soll der Bretterträger im Lohn pro Tag 24 M. oder in 200 Arbeitstagen 4800 M. erhalten. Nach dieser Berechnung läme, wenn es stimmte, ein Verdienst von 12 500 M. in Frage. Aber die Rechnung stimmt nicht. Die Arbeiter verdienen nicht zum größten Teil nur auf Gelegenheitsarbeit angewiesen. Nur in den Monaten Mai, Juni, Juli, September und Oktober können sie etwas verdienen. Im Winter ist der Afford-Bretterträger meistens arbeitslos. Die Arbeit ist so unregelmäßig, daß mehr als vier Arbeitstage pro Woche für einen Bretterträger bei Afford nicht in Frage kommen, denn sonst würde er sich beizeiten mit dem Totengräber bekannt machen. Es ist also nur mit 80 Arbeitstagen im Afford zu

